



Konferenz  
zur Zukunft  
Europas

# BETEILIGUNG VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN

Ergebnisse aus der  
Konferenz zur Zukunft Europas in Brandenburg  
2022

---

**BERICHT**

Über Grenzen  
hinweg  
diskutieren

Persönliche und  
digitale  
Begegnungen

---

## BIBLIOGRAPHISCHE ANGABEN

Ergebnisse zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas

Autorin

Dr. Mechthild Baumann

Bildnachweise: Andreas Franke (S. 1, 4, 6, 29) Konstantin Gastmann (S. 5, 8, 27), pixabay

# INHALT

---

Die Konferenz zur Zukunft Europas .....	4
Bewertung der Beteiligungsformate durch die Teilnehmenden.....	7
Auswertung der Feedback-Bögen im Anschluss an die Diskussionen .....	7
Zufriedenheit mit der Veranstaltung allgemein.....	8
Zufriedenheit mit Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der Dialogveranstaltungen .....	9
Meinung zur EU-weiten Zukunftskonferenz.....	10
Ergebnisse einer Fokus-Gruppe am Ende des Diskussionsprozesses.....	15
Erfahrungen mit Beteiligungsformaten .....	16
Anforderungen an eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern .....	18
Beteiligung muss wirksam sein. ....	19
Beteiligung muss vielfältig und inklusiv sein.....	20
Beteiligung soll Spaß machen. ....	22
Beteiligung verstetigen. ....	23
Übergabe der Forderungen an politische Entscheiderinnen und Entscheider .....	27

## Die Konferenz zur Zukunft Europas

Vom 09.05.2021 bis 09.05.2022 fand die Konferenz zur Zukunft Europas statt. Hierbei handelt es sich um einen politischen Meinungsbildungsprozess, in dem Bürgerinnen und Bürger aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten ein Jahr lang ihre Vorstellungen von einem zukünftigen Europa diskutierten und anschließend dem Europaparlament einen Katalog an Forderungen und Wünschen zu deren Realisierung überreichten.<sup>1</sup>

Von der europaweiten Diskussion versprachen sich die EU-Organe eine Brückenfunktion: Zum einen sollte durch die Konferenz die häufig wahrgenommene und vielfach kritisierte Kluft zwischen politischen Entscheiderinnen und Entscheidern „im fernen Brüssel“ und den Bürgerinnen und Bürgern überwunden werden. Zum anderen ging es darum, das Verbindende zwischen Europäerinnen und Europäern über Länder- und Sprachgrenzen hinweg zu fördern. Der politische Mehrwert der Konferenz zur Zukunft Europas lag übereinstimmend darin, den EU-Bürgerinnen und Bürgern Gehör und die Möglichkeit zu verschaffen, sich aktiv in europapolitische Beratungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen.

Insgesamt wurden in allen 27 Mitgliedstaaten 6.661 Veranstaltungen organisiert, an



Abb.: Bürgerinnen und Bürger auf dem Europafest in Guben-Gubin zeigen Solidarität mit der Ukraine

denen 721.487 Personen teilnahmen. Sie brachten 18.859 Ideen, Wünsche und Forderungen ein (Quelle: Europäische Kommission, Abruf: 20.05.22). In einem strukturierten Prozess verdichteten rund 800 ausgewählte Europäerinnen und Europäer

---

<sup>1</sup> Ein Teil der EU-Bürgerforen fand nach dem 24.02.2022 statt. Die einzelnen Diskussionen waren stark durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine geprägt und stellten das Thema „Frieden“ in den Mittelpunkt.

diese große Anzahl an Ideen zu 49 sehr konkreten Vorschlägen. Am 9. Mai 2022 übergaben 108 Bürgerinnen und Bürger schließlich stellvertretend für alle Teilnehmenden diese Forderungen an das Europäische Parlament, den Rat und die Europäische Kommission.<sup>2</sup>

Auch in Brandenburg fanden im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas mehrere Veranstaltungen unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern statt – so veranstaltete der Landtag gemeinsam mit der Landesregierung am **28. Oktober 2021 einen Dialog der Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt (Oder)**, und es fanden im November 2021 drei weitere Dialogveranstaltungen statt, die das Ministerium der Finanzen und für Europa jeweils mit externen Kooperationspartnern veranstaltete: ein **deutsch-polnische Dialog am 4. November 2021 in Guben-Gubin**, eine **digitale trinationale Debatte mit Schülerinnen und Schülern am 10. November 2021** sowie ein **Dialog im Rahmen der Reihe „GloboLokal“ in Bad Belzig am 16. November 2021**.



Abb.: Bürgerinnen und Bürger diskutieren in Kleingruppen die Zukunft Europas

An diesen Veranstaltungen nahmen insgesamt 207 Bürgerinnen und Bürger teil, die jeweils um detailliertes Feedback zu den Veranstaltungen gebeten wurden.

Neben diesen in Veranstaltungen in Brandenburg nahmen auch drei brandenburgische Bürgerinnen und Bürger als offizielle Vertreterinnen und Vertreter an den europäischen Bürgerforen im Rahmen der Zukunftskonferenz teil. Diese Foren wurden u.a. in Straßburg und Brüssel organisiert.

---

<sup>2</sup> Europäische Union: Konferenz zur Zukunft Europas. Bericht über das endgültige Ergebnis, Mai 2022

Die inhaltlichen Ergebnisse der brandenburgischen Dialogveranstaltungen sowie der Konferenz zur Zukunft Europas können den jeweiligen Berichten entnommen werden.<sup>3</sup>.

Im Zentrum des hier vorliegenden Berichts steht die Einschätzung von Bürgerinnen und Bürgern im Hinblick auf die erlebten Dialogformate sowie ihre Empfehlungen und Vorschläge für Bürgerbeteiligung in der Zukunft. Die Leitfrage lautet dabei: **Wie bewerten die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger diese Form der politischen Meinungsbildung?**



Abb.: Schülerinnen übergeben im Rahmen des Europatags in Guben-Gubin am 7. Mai 2022 ihre Forderungen an die Politik.

<sup>3</sup> <https://mdfe.brandenburg.de/mdfe/de/europa/zukunftskonferenz/>

<https://www.landtag.brandenburg.de/de/veranstaltung/25821>

## Bewertung der Teilnehmungsformate durch die Teilnehmenden

Im folgenden Teil werden die Erfahrungen der Teilnehmenden an den vier Diskussionsveranstaltungen aggregiert ausgewertet und den Ergebnissen eines Fokus-Gruppeninterviews am Ende der Zukunftskonferenz gegenübergestellt. Das Feedback der Teilnehmenden wurde am Ende jedes Forums in vollstandardisierten Fragebögen abgefragt. Um dies methodisch zu validieren, wurde den Auswertungen ein leitfragengestütztes Interview mit Bürgerinnen und Bürgern gegenübergestellt, die zuvor an einer der Dialogveranstaltungen oder an den europäischen Diskussionsforen teilgenommen hatten.

Zur **Repräsentativität** der Ergebnisse dieser Befragungen wird darauf hingewiesen, dass anzunehmen ist, dass in der Regel vor allem diejenigen Bürgerinnen und Bürger der Einladung zur Teilnahme an der Zukunftskonferenz gefolgt sind, die der EU positiv oder zumindest neutral und aufgeschlossen gegenüberstehen. Diese Annahme bestätigten die Teilnehmenden, die von durchweg konstruktiven und wertschätzenden Diskussionen berichten.

Für die vorliegende Auswertung wurde das Feedback von insg. 96 Personen berücksichtigt, die sich zusätzlich die Zeit nahmen, die Fragebögen auszufüllen und/oder an der Fokus-Gruppe teilzunehmen. Auch hier sollte davon ausgegangen werden, dass in erster Linie diejenigen Personen zusätzlich Zeit und Energie investiert haben, die grundsätzlich eine positive Einstellung zur Zukunftskonferenz haben.

	Anzahl Fragebögen	Anzahl Teilnehmende	Rücklaufquote
<b>Frankfurt (Oder)</b>	37	54	69%
<b>Guben-Gubin</b>	23	64	36%
<b>Jugendliche</b>			
<b>Online</b>	19	66	29%
<b>Bad Belzig</b>	17	23	74%
<b>Insgesamt</b>	<b>96</b>	<b>207</b>	<b>46%</b>

Das bedeutet, dass die Meinung demokratie- oder europaskeptischer Personen in diesem Bericht weniger stark zum Ausdruck kommt, weil sie sich weder an den Diskussionen, noch an der Auswertung beteiligt haben.

## Auswertung der Feedback-Bögen im Anschluss an die Diskussionen

Im Anschluss an die Foren wurden die Teilnehmenden gebeten, einen Feedback-Bogen auszufüllen. In diesem konnten sie Auskunft darüber geben, ob sie sich, gemäß den Prinzipien der Zukunftskonferenz, in einer offenen und fairen Weise in die Diskussion

einbringen konnten. Zusätzlich wurden in diesen Bogen auch Fragen aus dem zum Zeitpunkt der Durchführung der einzelnen Veranstaltungen relevante Eurobarometer Nr. 500 vom November 2020 aufgenommen, um die Einstellungen der Teilnehmenden mit den Einstellungen der europaweit Befragten vergleichen zu können. Dies ermöglicht es, die brandenburgischen Ergebnisse zu den Ergebnissen auf europäischer Ebene in Beziehung zu setzen.

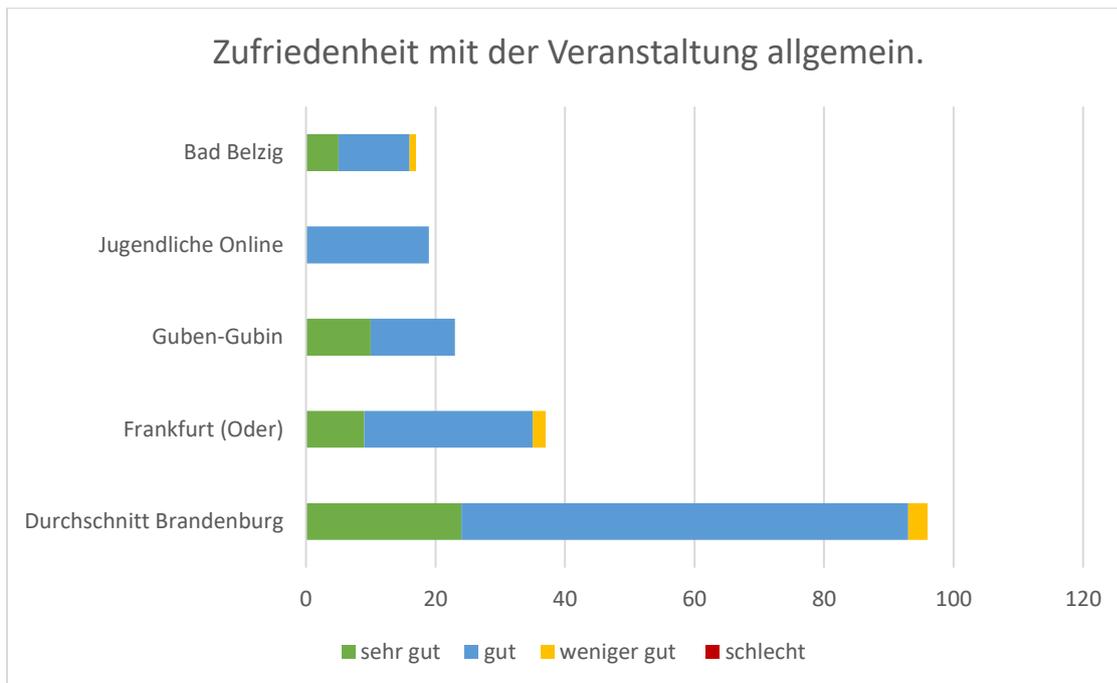
Von den insgesamt 207 Teilnehmenden füllten 96 einen Fragebogen aus, dies entspricht einer durchschnittlichen Rücklaufquote von 46 %.



Abb.: Diskussion während des Bürgerforums in Frankfurt (Oder)

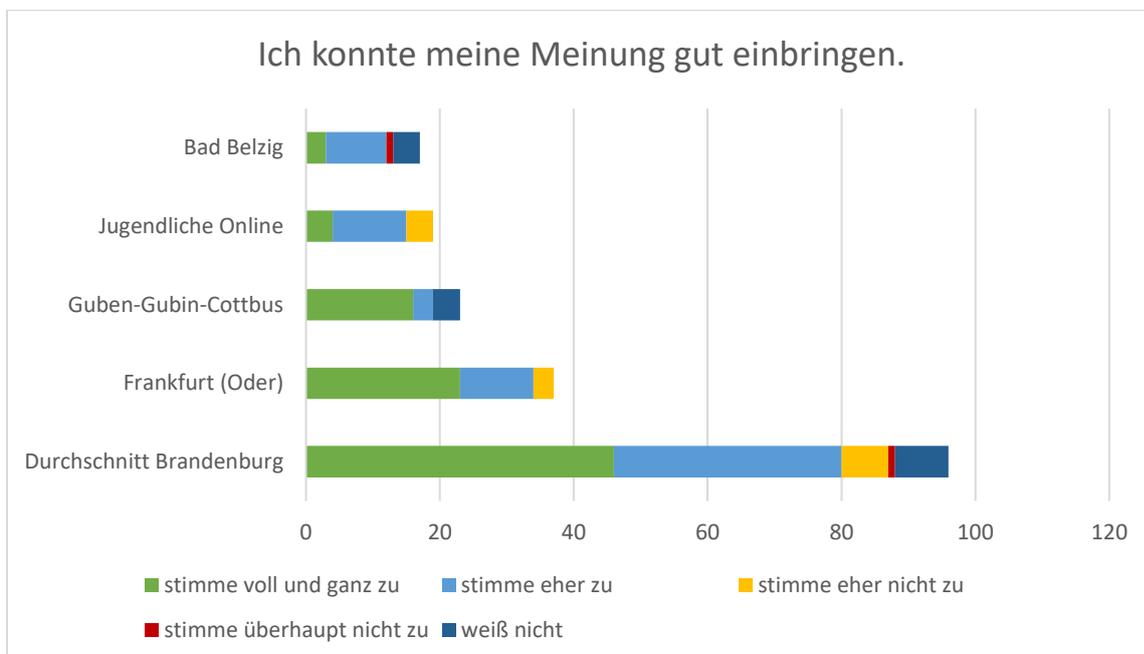
### **Zufriedenheit mit der Veranstaltung allgemein**

Ein Viertel der Befragten (25%) bewerteten die Veranstaltung im Zusammenhang mit der Konferenz zur Zukunft Europas als „sehr gut“, 72 % fanden sie „gut“. Es gibt also eine sehr hohe Zufriedenheit unter den Teilnehmenden an der schriftlichen Befragung.



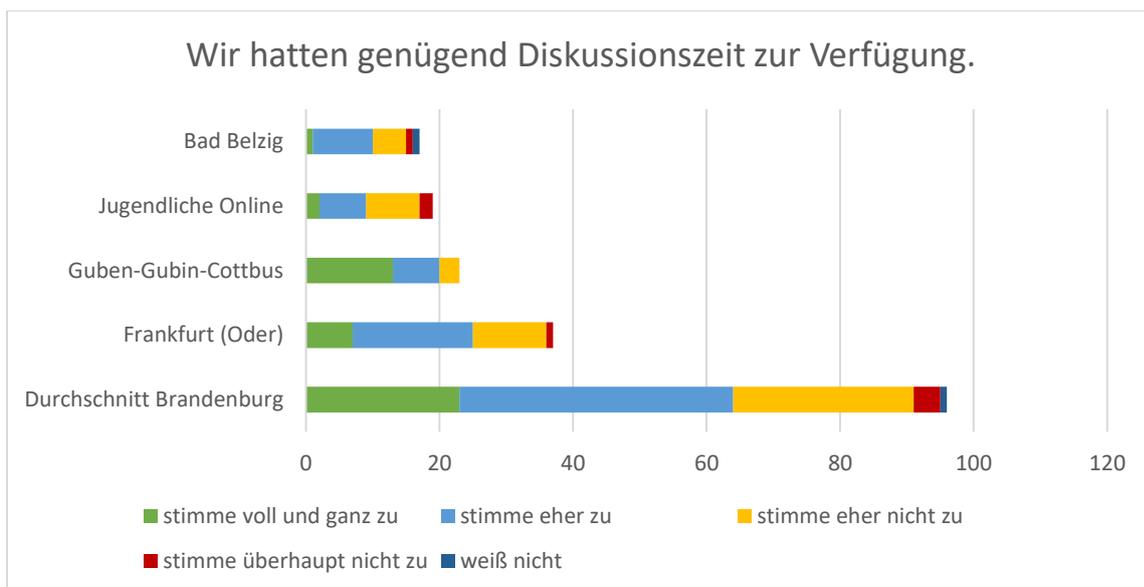
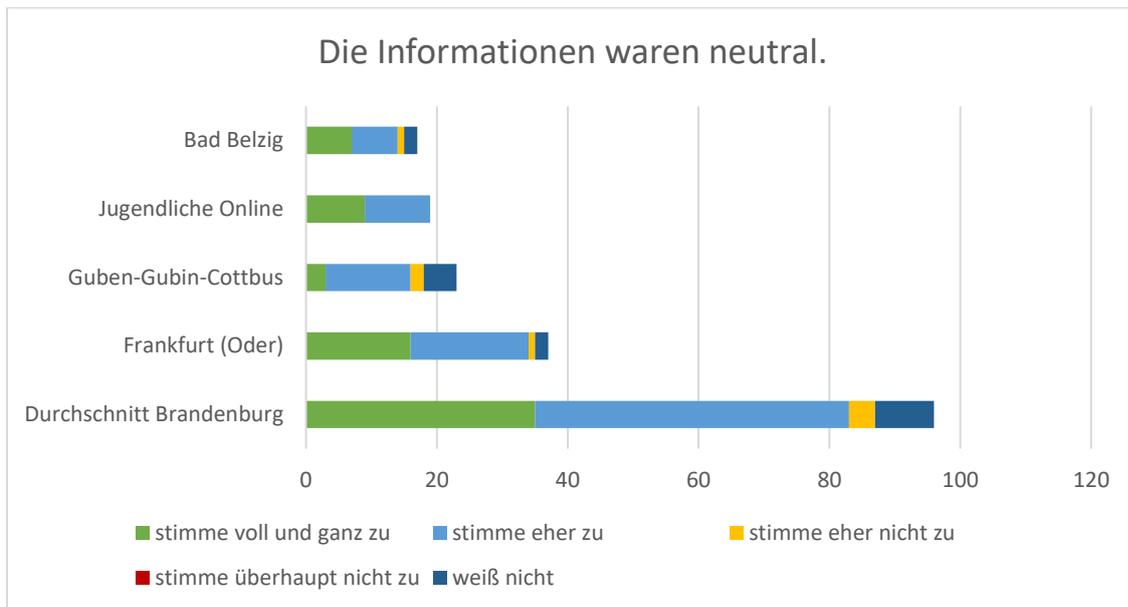
## Zufriedenheit mit Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der Dialogveranstaltungen

Knapp die Hälfte (48%) der Befragten war der Meinung, sie konnten sich gut einbringen, 25% stimmten der Aussagen, dass sie sich gut einbringen konnten, „eher zu“. Die Möglichkeit, sich mit seinen Ansichten und Anliegen einbringen zu können, ist essentiell in einem Bürgerforum.



Auch mit den Informationsmaterialien zu den Themen, die Landtag und Ministerium vorab zur Verfügung gestellt hatten, waren die Teilnehmenden sehr zufrieden. Kritisch

angemerkt wurde vor allem, dass nicht genügend Zeit für Diskussionen zur Verfügung stand.



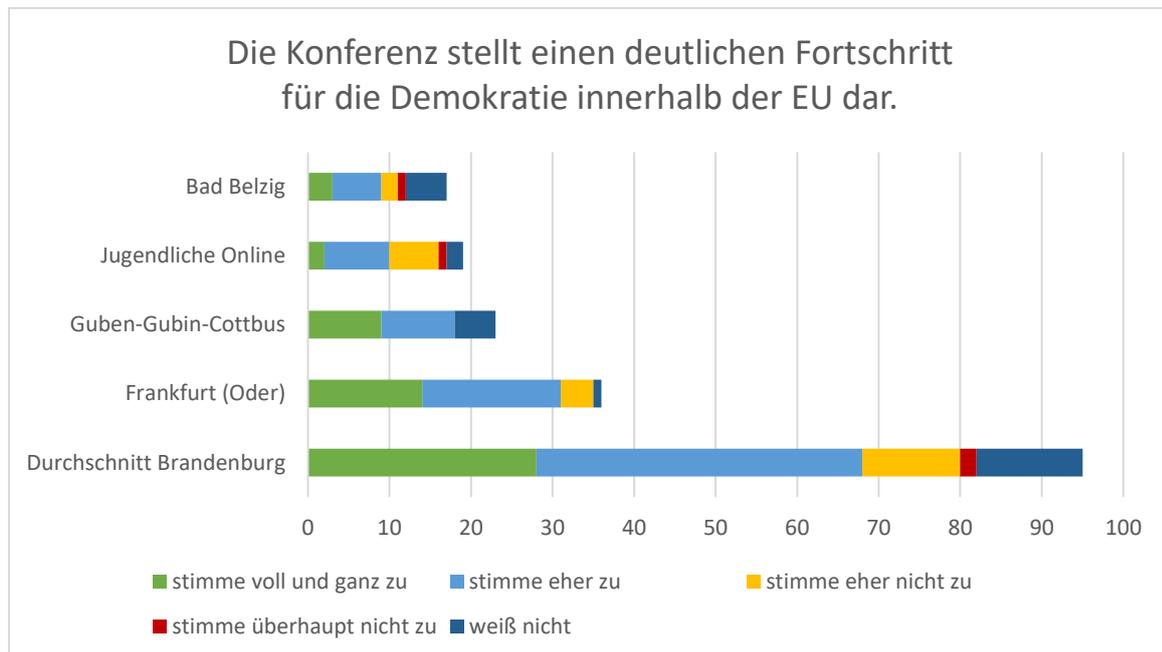
## Meinung zur EU-weiten Zukunftskonferenz

Der Fragebogen enthielt auch drei Fragen aus der zum Zeitpunkt der Durchführung der Veranstaltungen relevanten **Eurobarometer**-Umfrage Nr. 500 zur Konferenz zur Zukunft Europas. Damit können die Einstellungen der Teilnehmenden in Brandenburg zur Zukunftskonferenz abgeglichen werden mit den Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern aus der ganzen EU.

### Fragen aus der Eurobarometer-Umfrage Nr. 500

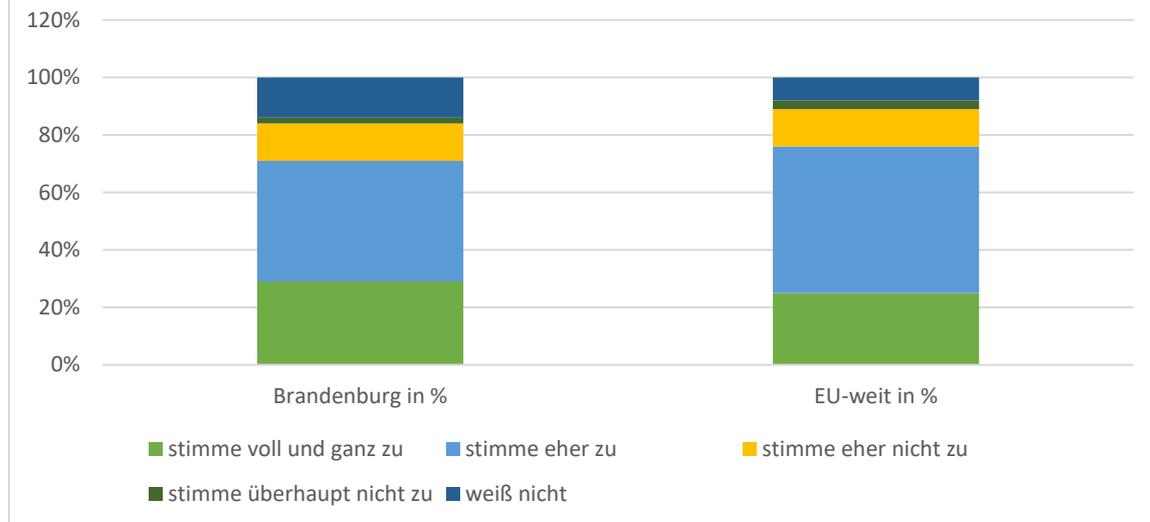
- Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Die Konferenz stellt einen deutlichen Fortschritt für die Demokratie innerhalb der EU dar.
- Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Die Stimme der EU-Bürger sollte bei Entscheidungen über die Zukunft Europas stärker berücksichtigt werden.
- Welche der folgenden Aussagen über die Europäische Union kommt Ihrer Meinung am nächsten?
  1. Sie sind für die EU wie sie bisher realisiert wurde.
  2. Sie sind eher für die EU, aber nicht so wie sie bisher realisiert wurde.
  3. Sie stehen der EU eher skeptisch gegenüber, könnten Ihre Meinung aber ändern, wenn es radikale Reformen geben würde.
  4. Sie sind allgemein gegen die Idee der EU.

Von den insgesamt 96 Personen, die an den Befragungen teilnahmen, stimmten 28 der Aussage „voll und ganz zu“, die Konferenz stelle einen deutlichen Fortschritt für die Demokratie innerhalb der EU dar, 40 Personen stimmten dieser Aussage „eher zu“. 14 hatten hierzu eine eher skeptische Einstellung und 13 Befragte hatten keine Meinung.

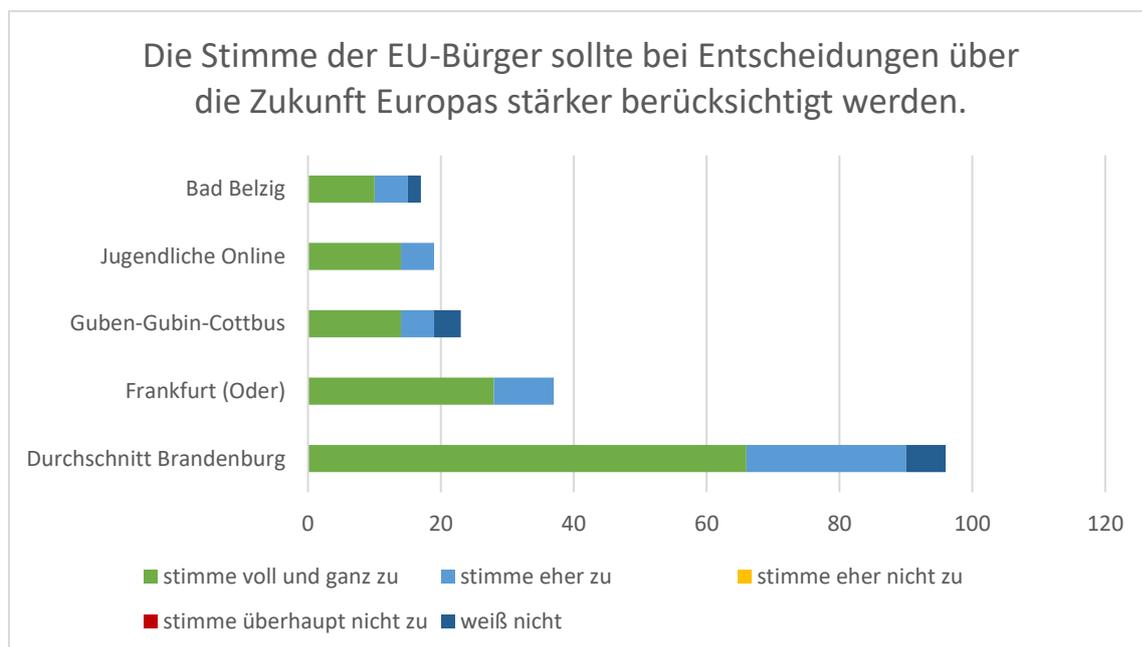


Interessant an diesen Angaben ist, dass sie stark übereinstimmen mit den Werten aus dem EU-weiten Eurobarometer zur Zukunftskonferenz, das heißt, die Ansichten der brandenburgischen Teilnehmenden decken sich mit denjenigen aller befragten Unionsbürgerinnen und -bürger.

### Die Konferenz stellt einen deutlichen Fortschritt für die Demokratie innerhalb der EU dar.



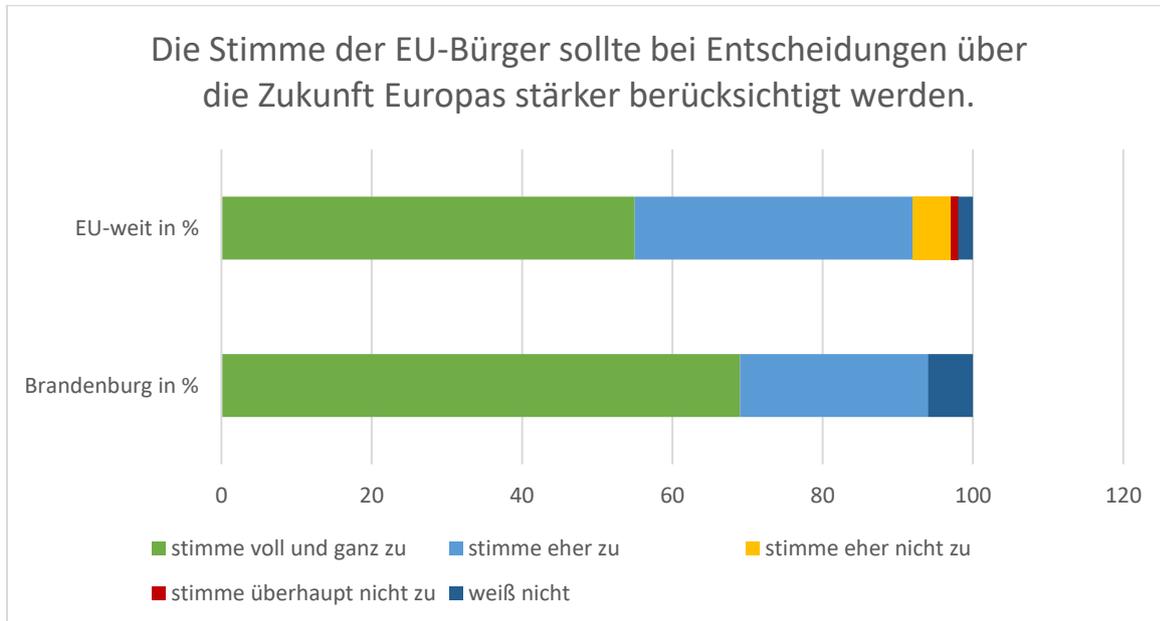
Bei der Frage nach der Bürgerbeteiligung herrscht hingegen Einigkeit: Fast alle Befragten finden, die Stimme der EU-Bürger sollte bei Entscheidungen zur Zukunft Europas stärker berücksichtigt werden. Nur 6 der 96 Befragten haben hierzu keine Meinung.



Im Vergleich mit den EU-weiten Ergebnissen der Eurobarometer-Umfrage<sup>4</sup> zeigt sich, dass die Teilnehmenden (hier unten als „Brandenburg“ gekennzeichnet) eine durchweg positivere Einstellung zur europaweiten Bürgerbeteiligung und zur Zukunftskonferenz haben als der EU-Durchschnitt. 69% der befragten Brandenburgerinnen und

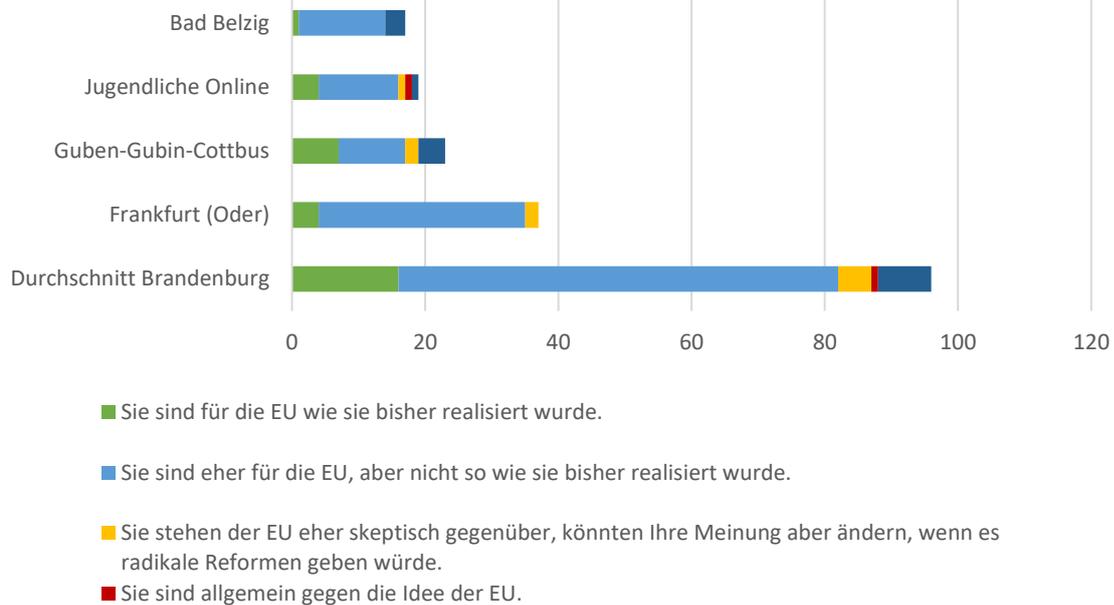
<sup>4</sup> Spezial-Eurobarometer Nr. 500 „Die Zukunft Europas“, November 2020

Brandenburger stimmen der Aussage voll und ganz zu, die Stimme der EU-Bürger solle bei Entscheidungen über die Zukunft Europas stärker berücksichtigt werden, 25% stimmen dem „eher zu“. EU-weit stimmen knapp mehr als die Hälfte (55%) dieser Aussage „voll und ganz“ zu und 37% stimmen „eher zu“. Während es EU-weit 6% skeptische Bürgerinnen und Bürger hierzu gibt, haben sich die befragten Brandenburgerinnen und Brandenburger durchweg positiv geäußert.



Auch inhaltlich wurden die Teilnehmenden an den Bürgerforen befragt. Auf die Frage, ob sie die EU grundsätzlich befürworteten oder ablehnten oder nur mit Auflagen guthießen, antworteten 69% der befragten Brandenburgerinnen und Brandenburger, sie stünden der EU grundsätzlich positiv gegenüber, wünschten sich jedoch Veränderungen. 17% befürworteten die EU so, wie sie ist und 1% lehnte die EU grundsätzlich ab.

### Welche der folgenden Aussagen über die Europäische Union kommt Ihrer Meinung am nächsten:



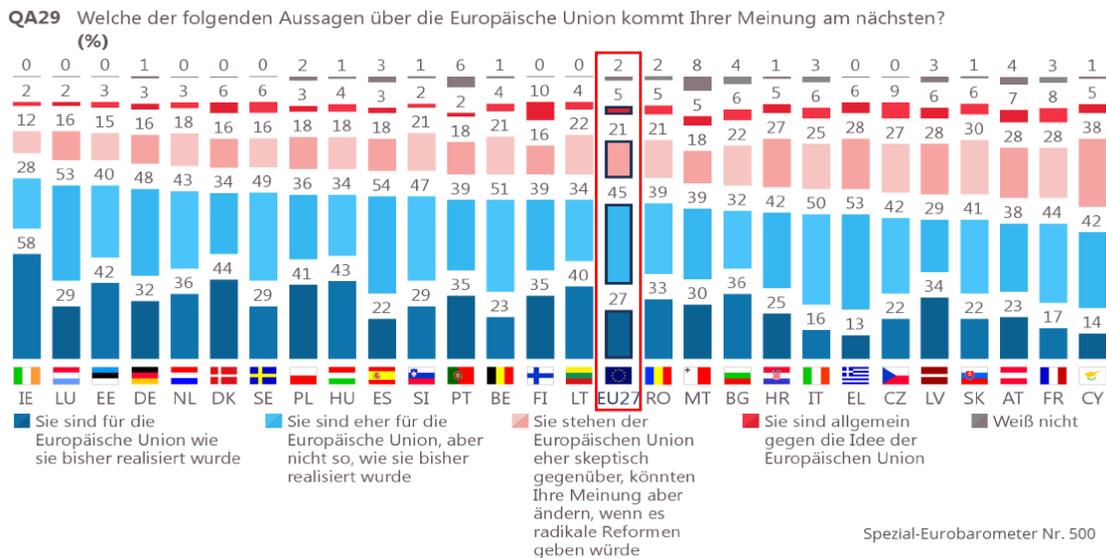
Im Vergleich zu den befragten Unionsbürgerinnen und -bürgern zeigt sich, dass die Brandenburger der EU deutlich positiver gegenüberstehen.

### Welche der folgenden Aussagen über die Europäische Union kommt Ihrer Meinung am nächsten:



Auch im deutschlandweiten Vergleich stehen die befragten Brandenburgerinnen und Brandenburger der EU grundsätzlich leicht positiver gegenüber, wie die Übersicht aus dem Eurobarometer Nr. 500 zeigt:

**27% der Europäer sind für die Europäische Union wie sie bisher realisiert wurde, während 45% eher für die Europäische Union sind, aber nicht so, wie sie bisher realisiert wurde. 21% steht der Europäischen Union eher skeptisch gegenüber, könnten aber ihre Meinung ändern, wenn es radikale Reformen geben würde. 5% sind allgemein gegen die Idee der Europäischen Union.**



## Ergebnisse einer Fokus-Gruppe am Ende des Diskussionsprozesses

Auf der Grundlage der in den Feedbackbögen geäußerten Wünsche einer Fortsetzung der Dialogformate, veranstalteten Landtag und Landesregierung eine Fokus-Gruppe mit Bürgerinnen und Bürgern, die an unterschiedlichen Beteiligungsformaten teilgenommen hatten; schwerpunktmäßig bestand die Fokus-Gruppe aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen – auch angesichts des für 2022 ausgerufenen „Europäischen Jahr der Jugend“.

Die Fokus-Gruppe wurde online organisiert, um eine Beteiligung ortsunabhängig möglich zu machen. Die Diskussion wurde simultan deutsch-polnisch gedolmetscht, um auch Bürgerinnen und Bürger aus Polen zur Teilnahme an dieser Fokus-Gruppe zu gewinnen. Die Diskussion fand am 5. Mai 2022 statt. An ihr nahmen teil:

- drei brandenburgische Teilnehmende der Europäischen Bürgerforen
- ein polnischer Teilnehmender des Europäischen Bürgerforums
- drei Teilnehmerinnen der trinationalen Schülerdebatte sowie eine Lehrerin
- ein Vertreter des EuropeDirect Centers Guben, bei dem das deutsch-polnische Jugendwerk angegliedert ist,
- drei Teilnehmerinnen der Jungen Europäischen Föderalisten Berlin-Brandenburg, die überwiegend auch an der Dialogveranstaltung in Frankfurt (Oder) teilgenommen haben

## Erfahrungen mit Beteiligungsformaten

Die Gruppendiskussion gliederte sich in drei Phasen. Nach einer kurzen interaktiven Vorstellung wurden die Teilnehmenden gebeten, zunächst ihre Erfahrung mit unterschiedlichen Arten der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern zu teilen.



Abb.: Bildschirmaufnahme der während der Diskussion gesammelten Rückmeldungen der Teilnehmenden

Aus dem Gespräch ergab sich, dass die Teilnehmenden ganz unterschiedliche Erfahrungen mit Beteiligungsformaten gemacht haben. Einige engagieren sich seit vielen Jahren entweder in lokalen Gruppen oder auch formal, wie etwa über Jugendbeiräte. Die meisten jedoch haben im Rahmen der Zukunftskonferenz zum ersten Mal in ihrem Leben an einem Beteiligungsformat teilgenommen. Im Vergleich zu formalen Beteiligungsformaten oder einem politischen Mandat auf lokaler oder regionaler Ebene schätzten sie an den Dialogforen im Rahmen der Zukunftskonferenz, dass diese flexibel und projektartig fest definierte Start- und Endzeiten hatten, die zu investierende Zeit also gut kalkulierbar war.

Aus diesem Grund, so mutmaßten die Teilnehmenden der EU-Bürgerforen während des Gesprächs, hätten sie sich wahrscheinlich nicht aktiv für die Teilnahme an der Zukunftskonferenz gemeldet. Sie waren sich einig: Wären Sie für die EU-Bürgerforen nicht über das Zufallsprinzip ausgewählt und von offizieller Stelle oder über vielfältige

Werbeformate auf die jeweilige Veranstaltung aufmerksam gemacht worden, hätten sie nicht mitgemacht. „Mein Umfeld hat kein Interesse an Politik“, berichtete ein Teilnehmer. Eine andere Teilnehmerin sagte, ihr Alltag sei mit Job und Familie bereits so ausgefüllt, dass keine Zeit für ehrenamtliches Engagement, in welcher Form auch immer, bleibe. Die offizielle Einladung zu den europäischen Bürgerforen hingegen überzeugte die Teilnehmenden, sich Zeit zu nehmen, um ihren Beitrag zu diesem aus ihrer Sicht wichtigen Diskussionsprozess zu leisten. Sie fühlten sich besonders wertgeschätzt und „geehrt“, für die Zukunftskonferenz ausgewählt worden zu sein.

Die Atmosphäre während der Diskussionen – sei dies auf regionaler Ebene in Brandenburg, sei es auf EU-Ebene – empfanden die Teilnehmenden als eine große Bereicherung. Professionelle Organisation und Moderation erlaubten es ihnen, sich voll und ganz auf die Themen einzulassen und schufen einen guten Rahmen für eine respektvolle Diskussion der Bürgerinnen und Bürger. Mehrere Teilnehmende waren überrascht, dass sie zahlreiche Gemeinsamkeiten über Landes-, Generations- und Sprachgrenzen hinweg entdecken konnten. In diesem Zusammenhang hätten sie auch viel voneinander gelernt. Vielfach wurde ein neu entwickelter „Gemeinschaftssinn“ im Gespräch sehr positiv hervorgehoben.

Besonders gewinnbringend empfanden die Teilnehmenden, dass sie über die Diskussionen die Möglichkeit hatten, sich mit neuen Themen intensiv auseinanderzusetzen. „Ich hab' mir vorher nie Gedanken über klimafreundlichen Transport gemacht. Jetzt schau ich mit ganz anderen Augen auf den Nahverkehr in meiner Stadt.“, berichtete ein Teilnehmer. Gleichzeitig hatten sie während der gesamten Diskussionen das Gefühl, Einfluss nehmen zu können auf Themen, die ihnen wichtig sind.

## Anforderungen an eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

In der letzten Phase der Gruppendiskussion fassten die Teilnehmenden ihre Erfahrungen und Wünsche in **zwölf konkreten Forderungen** zusammen, die hier zu vier Clustern zusammengefasst werden.



Abb.: Die Ergebnisse der Fokusgruppe, die die Schülerinnen und Schüler während des Europafestes an die politischen Vertreterinnen und Vertreter als Puzzlespiel übergaben (polnische Fassung siehe Seite 28).

Diese Forderungen und Anregungen wurden den Forderungen gegenübergestellt, die die europäischen Bürgerinnen und Bürger während des Europäischen Forums erarbeitet haben. So können die Einstellungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger mit denen der Bürgerinnen und Bürgern aus der gesamten EU verglichen und in den gesamteuropäischen Kontext der Zukunftskonferenz eingeordnet werden.

Sie sind in einem Abschlussbericht aufgeführt, der auf der Website der Europäischen Zukunftskonferenz abrufbar ist. Alle folgenden Zitate sind diesem Bericht entnommen.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Europäische Union: Konferenz zur Zukunft Europas. Bericht über das endgültige Ergebnis. Brüssel, Mai 2022. <https://futureu.europa.eu/pages/reporting> (Abruf: 10.05.2022)

## Beteiligung muss wirksam sein.



Das vielleicht wichtigste Kriterium für eine gelungene Beteiligung ist deren Wirksamkeit. Das bedeutet, dass die in den Diskussionen erarbeiteten Vorschläge und Forderungen **konkreten Eingang in die anschließenden politischen Diskussionen** finden sollen. Hierbei ist wichtig, auf eine korrekte Kanalisierung zu achten, d.h. Veranstalter von Beteiligungsformaten sollten darauf achten, die jeweils zuständige politische Ebene zu involvieren. Die Empfehlungen sollten dann nicht einfach nur übergeben werden – die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass die politischen Entscheidungsträger dann auch prüfen, ob und wenn ja, wie sie diese Empfehlungen in den Entscheidungsprozess aufnehmen.

\*\*\*

Das Europäische Bürgerforum stellte ähnliche Forderungen hierzu auf: Bürgerinnen und Bürger sollen mit Hilfe der Zivilgesellschaft regelmäßig konsultiert werden:

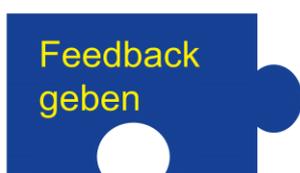


*Stärkung der Beziehungen zu Bürgern und lokalen Einrichtungen, um die Transparenz zu verbessern, die Bürger zu erreichen, sie zu konsultieren und besser mit ihnen über konkrete EU-Initiativen und auf internationaler Ebene zu kommunizieren. (Vorschlag 22.1, Bericht der Konferenz zur Zukunft Europas)*



*Stärkere Beteiligung der Bürger an der internationalen Politik der EU und Veranstaltungen zur direkten Bürgerbeteiligung, ähnlich wie die Konferenz zur Zukunft Europas, die auf nationaler, lokaler und europäischer Ebene und unter aktiver Beteiligung von Organisationen der Zivilgesellschaft organisiert werden. (Vorschlag 22.2, Bericht der Konferenz zur Zukunft Europas)*

\*\*\*



Eng verknüpft mit der Forderung nach einer ernsthaften Überprüfung der Empfehlungen ist der Wunsch nach einer **Rückmeldung der politischen Entscheiderinnen und Entscheider** dazu, was mit den Empfehlungen passiert. Dieser Feedback-Mechanismus wird sehr stark eingefordert: Bürgerinnen und Bürger wünschen, dass politische Entscheiderinnen und Entscheider Rechenschaft ablegen und ihr Handeln erklären. Sie möchten wissen, ob eine Empfehlung weiterverfolgt wurde und wenn ja, an welcher Stelle des politischen Prozesses sie sich befindet. Sollte die Empfehlung nicht weiterverfolgt werden, möchten sie wissen, aus welchen Gründen die Empfehlung nicht oder nur teilweise weiterverfolgt werden konnte. Waren dies Zuständigkeitshürden oder war die Empfehlung rechtlich oder politisch nicht umsetzbar? Kurzum, sie erwarten nicht nur eine inhaltliche Befassung mit den formulierten Vorschlägen, sondern auch eine substantielle Rückmeldung.

\*\*\*

Das Europäische Bürgerforum fordert gleichsam eine Überwachung der politischen Initiativen und schlägt die Rückkopplung über eine Online-Plattform vor:



*Verbesserung der Wirksamkeit bestehender und Entwicklung neuer Mechanismen der Bürgerbeteiligung im Einklang mit dem EU-Besitzstand durch bessere Information darüber. Idealerweise sollten alle Informationen über Möglichkeiten zur Beteiligung auf einer integrierten offiziellen Website mit verschiedenen Funktionen zusammengeführt werden. Es sollte ein Mechanismus zur Überwachung politischer und legislativer Initiativen entwickelt werden, die aus partizipativen Demokratieprozessen hervorgegangen sind. (Vorschlag 36.1, Bericht der Konferenz zur Zukunft Europas)*



*Erhöhung der Häufigkeit von Online- und Offline-Interaktionen zwischen den EU-Organen und EU-Bürgern durch verschiedene Mittel der Interaktion, um sicherzustellen, dass die Bürger am politischen Entscheidungsprozess der EU teilnehmen und ihre Meinung äußern können und dass sie Feedback erhalten; Ausarbeitung einer Charta für EU-Beamte zur Bürgerbeteiligung. (Vorschlag 36.2, Bericht der Konferenz zur Zukunft Europas)*

\*\*\*

## Beteiligung muss vielfältig und inklusiv sein.



Als besonders bereichernd empfanden die Teilnehmenden an der Zukunftskonferenz in Brandenburg den **generations- und kulturübergreifenden Austausch**: Schüler diskutierten mit Rentnerinnen; Fabrikarbeiter mit Start-Up-Gründerinnen, Großstädter mit Landbewohnerinnen und Europäer mit Europäerinnen. Diese Vielfalt zwang die Teilnehmenden, ihre „Komfortzone“ zu verlassen und regte sie an, sich mit komplett anderen Ansichten auseinanderzusetzen. Diese breite Beteiligung ermöglichte eine kontroverse Auseinandersetzung mit den Themen der Zukunftskonferenz und erleichterte im zweiten Schritt die Identifikation von Dissensen und das Herausarbeiten gemeinsamer Positionen.

\*\*\*

Das europäische Bürgerforum macht konkrete Vorschläge, wie eine möglichst diverse und vielfältige Zusammensetzung erreicht werden kann:



*Regelmäßige Abhaltung von Bürgerversammlungen auf der Grundlage von rechtsverbindlichem EU-Recht. Die Teilnehmer müssen nach dem Zufallsprinzip und nach Kriterien der Repräsentativität ausgewählt werden, außerdem sollte es Anreize für die Teilnahme geben. (Vorschlag 36.7, Bericht der Konferenz zur Zukunft Europas) \*\*\**



## Angebote passend zur Zielgruppe

Eng mit dem Wunsch nach einer breiten Beteiligung hängt die Notwendigkeit zusammen, solche Formate anzubieten, bei denen sich die jeweiligen Zielgruppen gut **angesprochen** fühlen. Ist ein deutsch-polnischer Austausch geplant, sollten Themen gewählt werden, die beide Gruppen interessierten, aber auch für eine professionelle Verdolmetschung gesorgt werden. Gleichermaßen ist darauf zu achten,

Gebärdendolmetschung anzubieten, wenn gehörlose Personen teilnehmen möchten oder barrierefreie Räume zu wählen, die es auch Menschen mit Gehbehinderung erlauben, an den Dialogen teilzunehmen. Kurzum: Es ist sehr wichtig, besonders denjenigen, die etwa aufgrund ihres Alters oder anderer persönlicher Eigenschaften besondere Schwierigkeiten bei der Beteiligung an solchen Formaten haben oder empfinden, geschützte Räume und fördernde Methoden zu bieten.

\*\*\*

Das europäische Bürgerforum fordert zur inklusiven Gestaltung von Bürgerforen die Einsetzung kompetenter Moderatorinnen und Moderatoren:



*Partizipative Mechanismen sollten inklusiv sein, und ihre Kommunikation sollte eine vielfältige Öffentlichkeit erreichen können. Es sollte auf den Inhalt, die Themen und die Fähigkeiten der Moderatoren geachtet werden.*

*Die Mechanismen sollten eine Analyse der Auswirkungen der erörterten politischen Maßnahmen unter anderem auf Frauen und benachteiligte Personen umfassen. (Vorschlag 36.1, Bericht der Konferenz zur Zukunft Europas)*

\*\*\*



## Persönliche und digitale Begegnungen

Durch die Corona-Pandemie hat sich die Nutzung digitaler Medien stark verbreitet und ist in weiten Teilen der Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit geworden. Auch die Teilnehmenden an den Bürgerforen haben es geschätzt, sich für einige Beratungen online über ihren Computer oder ihr Handy von unterwegs zuschalten zu können. Gerade in einem Flächenland wie Brandenburg, dessen Ortschaften weit voneinander

entfernt liegen, **spart die Nutzung von Online-Beratungen viel Reisezeit, Reisekosten und bietet viel Flexibilität.** Gleichwohl – hier waren sich alle Teilnehmenden einig: **Eine Online-Konferenz kann nicht die persönliche Begegnung ersetzen.** Der Mensch ist ein soziales Wesen und als solches auf den direkten Kontakt angewiesen. Dies ist besonders dann wichtig, wenn man die anderen Personen, mit denen man sich nun über ein Thema austauschen möchte, noch nicht kennt. Small Talk beim Kaffee, Gemeinsamkeiten in der Vorstellungsrunde entdecken, in der Gruppe an einem Thema arbeiten, Bekanntschaften beim abschließenden Empfang machen – all das sind wichtige Elemente für eine gelungene Kooperation. Aus diesem Grund sollten Bürgerdialoge eine zielgruppen- und anlassadäquate Mischung beider Formate – online und Präsenz – aufweisen.

## Beteiligung soll Spaß machen.



Die Beteiligung an Bürgerforen darf nicht als zusätzliche Bürde oder Verpflichtung vermittelt werden, sondern soll die Lust auf Mitgestaltung wecken. Dazu gehört, zielgruppenspezifische und kreative Formate zu wählen, die gern auch einmal unkonventionell sein dürfen. Werden beispielsweise in einem Forum explizit nur Jugendliche adressiert, so könnte die Diskussionsveranstaltung verknüpft werden mit einem Musikkonzert, umso mehr junge Menschen für die Teilnahme zu gewinnen. Gleichzeitig schätzen Jugendliche Beteiligungsformate, die kreativ sind und ihre aktive Mitarbeit erfordern.



Die Hürden zur Teilnahme an einem Bürgerforum sollten so niedrig wie möglich sein. Je nach Zielgruppe gibt es ganz unterschiedliche Hürden: Personen ohne Auto aus ländlichen Regionen müssen die Veranstaltung gut erreichen können; Berufstätige sollten die Möglichkeit haben, sich nach Feierabend zu engagieren. Generell sollten Fahrtkosten zu den Veranstaltungsorten erstattet und vor Ort ein Imbiss angeboten werden. Darüber hinaus sollten keine aufwändigen Anmeldeverfahren den Wunsch der Interessierten nach Beteiligung dämpfen und ein professionelles Anmeldemanagement gewährleisten, dass die Angemeldeten sich gleich willkommen fühlen.

\*\*\*

Auch die Europäischen Bürgerforen fordern, dass Beteiligungsformate zugänglich und sichtbar sein müssen:



*Verbesserung und Straffung der bestehenden Mechanismen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene, um sie sicherer, zugänglicher, sichtbarer und integrativer zu machen. (Vorschlag 36.4, Bericht der Konferenz zur Zukunft Europas)*

\*\*\*



Als besonders gewinnbringend wurden von den Teilnehmenden die Diskussion **über Länder-, Sprach-, und Kulturgrenzen hinweg** gewertet. Der Austausch mit Personen aus anderen Ländern erlaubte es den Teilnehmenden, über den eigenen Tellerrand hinaus zu blicken und sich mit fremden Sichtweisen auseinandersetzen. Die grenzüberschreitende Organisation

von Bürgerforen bietet sich besonders bei grenzüberschreitenden Themen an oder in grenznahen Regionen. Da nicht alle Brandenburgerinnen und Brandenburger die jeweilige Fremdsprache des Bürgerforums verhandlungssicher beherrschen, ist es wichtig, für eine professionelle Verdolmetschung zu sorgen, die einen flüssigen Diskussionsprozess ermöglicht und es allen Beteiligten erlaubt, sich gleichberechtigt einzubringen (siehe auch: Mehrsprachigkeit fördern).

## Beteiligung verstetigen.



### Regelmäßige Angebote

Die Konferenz zur Zukunft Europas darf keine „Eintagsfliege“ sein. Bürgerinnen und Bürger wollen Politik mitgestalten. Dies setzt jedoch voraus, dass politische Institutionen diese Beteiligung als ergänzenden Prozess zur formalen Politikformulierung verstehen und hier für **Kontinuität** sorgen. Der Wunsch nach Verstetigung ist eng verknüpft mit dem Wunsch nach Wirksamkeit. Von einer einmaligen Veranstaltung sind wenig substanzielle Impulse für die Politikformulierung zu erwarten. Werden Dialogforen jedoch regelmäßig organisiert und die Bürgerinnen und Bürger bekommen zu planbaren Zeitpunkten die Möglichkeit, sich einzubringen, können die Empfehlungen systematisch in die Politikformulierung einfließen, ohne dabei die Zuständigkeiten der Legislative zu tangieren. Die Teilnehmenden regten hier die Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen und Initiativen an.

\*\*\*

Auch die Europäischen Bürgerforen fordern eine strukturelle Unterstützung der Zivilgesellschaft für eine kontinuierliche Beteiligung:



*Ziel: Die Bürgerbeteiligung und die Einbeziehung der Jugend in die Demokratie auf der Ebene der Europäischen Union verstärken, um den Europäern eine umfassende staatsbürgerliche Erfahrung zu ermöglichen und sicherzustellen, dass ihre Stimme auch zwischen den Wahlen gehört wird und dass die Beteiligung wirksam ist. (...) Verstärkte finanzielle und sonstige strukturelle Unterstützung für die Zivilgesellschaft, insbesondere für die jugendliche Zivilgesellschaft, und Unterstützung lokaler Behörden bei der Einrichtung lokaler Jugendräte. (Vorschlag 36, Bericht der Konferenz zur Zukunft Europas).*

\*\*\*



### Mehr für Beteiligung werben

Eine wichtige Voraussetzung für eine hohe Beteiligung an Bürgerforen ist, dass die Bürgerinnen und Bürger überhaupt erst einmal von dem geplanten Bürgerforum erfahren. Hierfür ist eine **breite und multimediale Bewerbung der Veranstaltungen** notwendig. Die Werbung sollte auf die jeweiligen Zielgruppen ausgerichtet sein und diejenigen

Kanäle bespielen, die von der Zielgruppe genutzt werden. Bei Jugendlichen ist dies zurzeit Instagram oder aber die Ansprache über ihre Lehrkräfte. Weniger digital affine Zielgruppen schätzen es, über einen Prospekt informiert zu werden. Andere Bürgerinnen und Bürger erreicht man besser über die Lokalzeitung oder ein Schreiben vom Rathaus. Sollen die Bürgerforen nicht nur die „üblichen Verdächtigen“ anwerben, also diejenigen, die ohnehin gesellschaftspolitisch aktiv sind, so ist eine intensive und zielgruppengerichtete Bewerbung der Bürgerforen unerlässlich.

\*\*\*

Diese Forderung nach einer zielgerichteten Ansprache von Jugendlichen nahmen auch die Europäischen Bürgerforen auf:



*Besondere Anstrengungen sollten unternommen werden, um junge Menschen über digitale Medien, Jugendbewegungen und verschiedene „Botschafter“ (Organisationen und Einzelpersonen), die für das EU-Projekt werben, anzusprechen. (Vorschlag 37.2, Bericht der Konferenz zur Zukunft Europas)*

\*\*\*



Sprache ist der Schlüssel zur Kultur und zur Verständigung. Sie ist die Bedingung für eine Kooperation der Bürgerinnen und Bürger in Europa. Die Teilnehmenden an den Bürgerforen fordern deshalb nachdrücklich, die Voraussetzungen bei den Bürgerinnen und Bürgern für ein grenzüberschreitendes Engagement zu stärken. Das bedeutet, dass politische Entscheiderinnen und Entscheider den **Erwerb von Fremdsprachen fördern** sollten. Für den Fall Brandenburg bezog sich die Forderung konkret auf die **polnische Sprache**, die bislang an nur wenigen Schulen unterrichtet wird und die nur wenige erwachsene Brandenburgerinnen und Brandenburger sprechen. Polnisch sollte regulär an Brandenburger Schulen unterrichtet und mehr Kurse für Erwachsene – am besten im Kontext ihrer Arbeit – angeboten werden.

\*\*\*

Das Europäische Bürgerforum schlägt vor, künstliche Intelligenz zur Überwindung von Sprachbarrieren zu nutzen:



*Verstärkte Nutzung von künstlicher Intelligenz und Übersetzungstechnologien, um Sprachbarrieren zu umgehen und die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit aller digitalen Instrumente für Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. (Vorschlag 37.3, Bericht der Konferenz zur Zukunft Europas)*

\*\*\*



Demokratie muss man lernen. Eine zweite Voraussetzung, um sich konstruktiv in politische Prozesse einbringen zu können, sind Grundkenntnisse des politischen Systems der Bundesrepublik und der Europäischen Union. Auch die Funktionsweisen politischer Partizipation und demokratischer Prozesse sollte grob kennen, wer hier Ideen und Forderungen einbringen will. Aus diesem Grund

fordern die Teilnehmenden, die europapolitische Bildung, insbesondere an den Schulen, aber auch in der außerschulischen Bildung, zu verstärken.

\*\*\*

Die Forderung nach europapolitischer Bildung wurde besonders nachdrücklich von dem Europäischen Bürgerforum gefordert. An dieser Stelle werden nur einige Zitate aufgeführt:



*Bereitstellung eines spezifischen **Budgets für die Entwicklung von Bildungsprogrammen zur Funktionsweise der EU und zu ihren Werten**, die den Mitgliedstaaten, die dies wünschen, vorgeschlagen werden könnten, damit diese sie in ihre Lehrpläne (Grundschulen, weiterführende Schulen und Universitäten) aufnehmen können; darüber hinaus könnte Studenten, die im Rahmen des Erasmus-Programms in einem anderen europäischen Land studieren möchten, ein spezieller Kurs zur EU und ihrer Funktionsweise angeboten werden; Studenten, die diesen Kurs belegen, würden dann bei der Zuteilung von Erasmus-Programmen bevorzugt. (Vorschlag 22.4, Bericht der Konferenz zur Zukunft Europas)*



*Sicherstellung eines **Mindestmaßes an Bildung über die EU und insbesondere ihre demokratischen Prozesse, einschließlich der Geschichte der europäischen Integration und der Unionsbürgerschaft**. Menschen aller Altersgruppen sollten von solchen Programmen, die ansprechend und altersgerecht gestaltet sein sollten, profitieren können, z. B. durch die Entwicklung spezifischer Programme und Bildungsmaterialien für Kinder und Schulen; und Organisationen der Zivilgesellschaft, die im Bereich der nicht-formalen Bildung tätig sind. (Vorschlag 37.1, Bericht der Konferenz zur Zukunft Europas)*



*Die **europäischen Werte sollen für die EU-Bürger greifbar gemacht** werden, beispielsweise durch eine stärkere interaktive und direkte Beteiligung. Zu diesem Zweck sollte die Unionsbürgerschaft gestärkt werden, z. B. durch ein Statut der Unionsbürgerschaft, das bürgerspezifische Rechte und Freiheiten vorsieht, sowie durch ein Statut für grenzübergreifende europäische Vereinigungen und gemeinnützige Organisationen. Die europäischen Werte sollten auch durch ein „**Onboarding-Paket**“ gefördert werden, in dessen Rahmen den Bürgern didaktische Elemente und Informationsmaterial zur Verfügung gestellt werden. Schließlich sollten ein europäischer öffentlicher Raum, der audiovisuelle Medien und*

*Online-Medien umfasst, durch weitere EU-Investitionen ausgebaut, bestehende EU-Medienzentren verbessert und die über 500 lokalen europäischen Verbindungsbüros weiter unterstützt werden. (Vorschlag 25.2, Bericht der Konferenz zur Zukunft Europas)*

**ABSCHLIEßEND** kann festgehalten werden, dass die Forderungen, die die Bürgerinnen und Bürger während der Bürgerforen in Brandenburg erarbeiteten, in weiten Teilen übereinstimmen mit den Forderungen, die die Teilnehmenden des europäischen Foren aufstellten.<sup>6</sup> Substantielle inhaltliche Unterschiede in Bezug auf die Forderungen, Wünsche und Ideen sind nicht festzustellen, eher verschiedene Gewichtungen. Auffällig ist, dass die Teilnehmenden des europäischen Forums die Notwendigkeit europapolitischer Bildung besonders hoch einschätzten, während die Teilnehmenden der Brandenburger Foren eine breite Bewerbung und hohe Attraktivität der Foren in den Vordergrund stellten, damit sich möglichst viele Personen daran beteiligen.

Worin sich alle einig sind: **Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen darf nicht nur zu besonderen Jubiläen und Anlässen stattfinden – sie muss dauerhaft und systemisch in die Politikformulierung eingeflochten werden.**



Abb.: Bürgerinnen und Bürger bringen ihre Forderungen zur Zukunft Europas ein.

<sup>6</sup> Vgl. Europäische Union: Konferenz zur Zukunft Europas. Bericht über das endgültige Ergebnis. Brüssel, Mai 2022. <https://futureu.europa.eu/pages/reporting> (Abruf: 10.05.2022)

## Übergabe der Forderungen an politische Entscheiderinnen und Entscheider

Am 7. Mai 2022 feierten die Vertretung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission in Deutschland zusammen mit dem Landtag und der Landesregierung in der deutsch-polnischen Doppelstadt Guben-Gubin das zentrale Europafest 2022. Anlässlich des Kriegs in der Ukraine setzte das Fest ein Zeichen für Völkerverständigung und Frieden. Die Veranstalter stellten ein vielfältiges Bühnen- und Kulturprogramm auf die Beine, das begleitet wurde von einem Riesenrad, in dessen Gondeln Akteure aus der Region den Besucherinnen und Besuchern zum Gespräch zur Verfügung standen.

Als Teil des Bühnenprogramms berichteten einzelne Vertreterinnen und Vertreter der brandenburgischen und europäischen Foren von ihren Erfahrungen mit der Teilnahme an der Zukunftskonferenz. Zunächst schilderten die Teilnehmenden ihre persönlichen Eindrücke: Die offene Debatte mit Bürgerinnen und Bürgern aus allen EU-Mitgliedstaaten sei durch Ernsthaftigkeit, Konstruktivität und Zusammenhalt geprägt gewesen und habe nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Entsprechend hofften sie auf eine Fortsetzung ähnlicher Beteiligungsformate von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungsprozessen.



Abb.: Die Ergebnisse der Fokusgruppe auf Polnisch übersetzt, die die Schülerinnen und Schüler während des Europafestes in deutscher Sprache an die politischen Vertreterinnen und Vertreter zu einem Puzzlespiel übergaben (deutsche Fassung siehe S. 18)

Zwei Schülerinnen des Pestalozzi-Gymnasiums aus Guben berichteten, auch sie hätten viel aus der direkten Begegnung mit Schülerinnen und Schülern aus anderen EU-Mitgliedstaaten gelernt. Es sei wichtig, auf Augenhöhe respektvoll miteinander in Austausch zu treten und etwa aus verschiedenen Lebensrealitäten gespeiste, unterschiedliche Standpunkte zu gemeinsamen europapolitischen Themenbereichen anzuerkennen und gemeinsame Lösungsansätze zu entwickeln.

Anschließend übergaben die Teilnehmenden auf der Bühne die zuvor in der Gruppendiskussion erarbeiteten Forderungen an die – in ihrer Zusammensetzung zugleich die Idee des „Weimarer Dreiecks“ repräsentierenden – Vertreterinnen und Vertreter der Politik:

- Dr. Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments
- Helmut Scholz, Mitglied des Europäischen Parlaments sowie Mitglied im Exekutivkomitee der Konferenz zur Zukunft Europas
- Marietta Guz-Vetter, Leiterin der Vertretung der Europäischen Kommission in Polen
- Anne-Marie Descôtes, Botschafterin Frankreichs in Deutschland und Vertreterin des Rats der EU



Abb.: Scholz, Descôtes, Guz-Vetter, Barley, Moderatorin sowie Schülerinnen und Schüler des Pestalozzi-Gymnasium, poln. Teilnehmer der EU-Bürgerforen) v.l.n.r.

Die politischen Vertreterinnen und Vertreter kommentierten anschließend kurz die Erlebnisberichte auf der Bühne. Sie alle würdigten die Konferenz zur Zukunft Europas als zentrales Element einer funktionierenden Demokratie und kündigten an, die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger in die Politikgestaltung auf EU-Ebene einzubeziehen.